

Hydra e.V. Treffpunkt und Beratung für Prostituierte

## Wahlprüfsteine von Hydra e.V. an die Parteien

anlässlich der Wahlen zum Abgeordnetenhaus 2021

### Sexarbeiter\*innen in Zeiten der Pandemie

Sexarbeiter\*innen wurden von der Covid19-Pandemie besonders hart getroffen. Neben monatelangen Tätigkeitsverboten gab und gibt es in dieser Zielgruppe viele Personen, die durch alle Raster der Unterstützung gefallen sind, da sie z.B. keine Ansprüche auf staatliche Leistungen hatten oder die Hürden zur Beantragung viel zu hoch waren. Hier hat u.A. Hydra mit einem spendenfinanzierten Hilfsfonds vieles aufgefangen, was Aufgabe des Staates gewesen wäre.

**Welche Maßnahmen planen Sie, um Sexarbeiter\*innen in Berlin zu unterstützen und ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen zu verbessern? Wie kann besonders marginalisierten Sexarbeiter\*innen (insbesondere migrantisierte Sexarbeiter\*innen, trans Sexarbeiter\*innen) in der Pandemie und danach bessere Unterstützung zuteilwerden?**

*Seit 2016 müssen sich Sexarbeitende in Berlin offiziell registrieren und eine Gesundheitsberatung durchlaufen. Für die Arbeit im Bordell ist eine Anmeldung und ein entsprechender Ausweis Pflicht. Registrierte Prostituierte konnten die Corona-Soforthilfe beantragen. Wer nicht registriert ist hat dieses Anrecht nicht. Die Partei der Freien Demokraten plädiert daher, sich als Sexarbeiterin oder Sexarbeiter registrieren zu lassen.*

Weiterhin hat die Pandemie den Diskurs um Sexarbeit in einer extrem negativen und stigmatisierenden Art verändert und verschärft: Bundespolitiker\*innen sprachen von Sexarbeiter\*innen als „Superspreader“ und Medienberichte mit einseitiger Berichterstattung und Forderungen nach Kriminalisierungen, z.B. in Form eines Sexkaufverbotes, häufen sich.

**Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Sexarbeit entkriminalisiert wird und diskriminierende Sondergesetze abgeschafft werden? Wie positionieren Sie sich zu einem sog. Sexkaufverbot oder einer Verschärfung des Prostituiertenschutzgesetzes? Planen Sie Bundesratsinitiativen zu diesem Thema oder eine Positionierung im Landesparlament (analog z.B. zu NRW)?**

*Die Partei der Freien Demokraten plant keine Verschärfung des Prostituiertenschutzgesetzes und auch keine Einführung eines sogenannten Sexkaufverbotes. Bei einer Verschärfung der Gesetzgebung, oder gar einem Verbot, werden Prostituierte in die Illegalität getrieben. Dies wollen wir unbedingt vermeiden.*

### Runder Tisch Sexarbeit

Der landesweite Runde Tisch hat 2019 nach gut einem Jahr die Arbeit eingestellt, es sind keine weiteren Sitzungen geplant. Das anschließende Koordinierungsgremium

kommt nur sehr selten zusammen und auch aufgrund der Covid19-Pandemie verläuft die Umsetzung der empfohlenen Maßnahmen schleppend.

**Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Empfehlungen des Handlungskonzepts nachhaltig umgesetzt und die Arbeit des Runden Tisches weitergeführt werden kann?**

*Wir werden uns dafür einsetzen, dass zielführende Empfehlungen umgesetzt werden können.*

## **Hydra e.V. Treffpunkt und Beratung für Prostituierte**

In 2020 sind einige Projekte mit Mitteln des Runden Tisches gestartet worden, bei Hydra sind zwei Projekte angesiedelt: Eines zur Ermöglichung eines niedrigschwelligen Zugangs zu psychotherapeutischer Unterstützung für Sexarbeiter\*innen und eine Kampagne zur Entstigmatisierung von Sexarbeit. Mit diesen Projekten wurde begonnen, Versorgungslücken zu schließen und die Stimmen von Sexarbeiter\*innen im Diskurs sichtbarer zu machen. Diese Projekte müssen auch ab 2022 unbedingt fortgesetzt werden.

**Setzen Sie sich in den kommenden Haushaltsverhandlungen dafür ein, dass diese Projekte weiterhin gesichert finanziert und zusätzliche Projekte umgesetzt werden können?**

*Die Partei der Freien Demokraten wird sich auch zukünftig in den Haushaltsverhandlungen dafür einsetzen, dass entsprechende Projekte finanziell gefördert werden und eine entsprechende Personalausstattung erhalten, um ihre wichtige Arbeit weiterhin durchführen zu können.*

## **Unterstützung marginalisierter Sexarbeiter\*innen und Erhalt von guten Arbeitsplätzen**

Insbesondere trans Sexarbeitende und auf der Straße arbeitende Sexarbeiter\*innen sind von Wohnungs- und Obdachlosigkeit betroffen. Hier greifen häufig die etablierten Hilfesysteme nicht, da beispielsweise trans Sexarbeiter\*innen oft keinen Zugang zu Notunterkünften erhalten oder diese Unterkünfte nicht nutzen, da eigene Schutzräume benötigt werden.

**Wie setzen Sie sich für die Belange von trans Sexarbeitenden ein? Gibt es Pläne, eine Notunterkunft für diese Zielgruppe in der Nähe des Bülowkiez zu schaffen? Ist durch Ihre Partei in Berlin eine Bundesratsinitiative zur Abschaffung des Transsexuellengesetz (TSG) geplant?**

*Wir wollen obdachlose Menschen dabei unterstützen, ein menschenwürdiges und selbstbestimmtes Leben zu führen. Dazu wollen wir eine zentrale Koordinierungs- und Anlaufstelle schaffen, Präventionsangebote stärken und eine schnelle Unterbringung mit einer „Housing First“-Strategie bei Angebot einer psychosozialen Begleitung gewährleisten.*

*Um allen Personen gleichermaßen Selbstbestimmung über die geschlechtliche Identität zu ermöglichen, so die Fraktion in ihrem Antrag, soll das Transsexuellengesetz (TSG) abgeschafft werden. Wir, die Partei der Freien*

*Demokraten glauben, dass allen Personen die Selbstbestimmung über die geschlechtliche Identität erlaubt werden sollte. Genitalverändernde Operationen an intergeschlechtlichen Kindern sollen wirksam verboten werden.*

Personen, die aus Drittstaaten nach Deutschland einreisen und hier selbstständig der Sexarbeit nachgehen, haben unter diesen Voraussetzungen aktuell kaum die Möglichkeit dies legal mit einem Arbeitsvisum zu tun. Durch den Brexit hat sich der Personenkreis, der von diesen Einschränkungen betroffen ist, noch einmal dramatisch erhöht, wie wir auch durch zahlreiche Anfragen in der Beratungsarbeit feststellen.

**Wie wird sich ihre Partei dafür einsetzen, dass migrantische Sexarbeiter\*innen die Möglichkeit bekommen, legal in Deutschland der Sexarbeit nachzugehen?**

*Auch migrantische Sexarbeiter\*innen haben die Möglichkeit, sich entsprechend dem Prostituiertenschutzgesetz anzumelden und dann legal ihrer Tätigkeit nachzugehen. Wir unterstützen dies.*

Im Zuge der Umsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes (ProstSchG) wird klar, dass dieses Gesetz die gesetzten Ziele verfehlt. Insbesondere im Bereich der Betriebsstätten zeichnet sich in Großstädten wie Berlin schon länger die Problematik ab, dass es bei der Konzessionierung zu Konflikten mit dem Baurecht kommt und hier die jahrelange Duldung der Bezirke ein Ende findet, sodass viele kleine Wohnungsbordelle bereits schließen mussten oder noch schließen müssen.

**Was ist ihre Strategie, um das ProstSchG in Berlin so umzusetzen, dass eine Vielfalt der Arbeitsorte in der Sexarbeit erhalten bleiben kann?**

*Das Zweckentfremdungsverbot verbietet in Berlin die gewerbliche Nutzung von Wohnraum. Wohnraum ist knapp und teuer und ebenso verhält es sich mit Flächen für Gewerbe. Eine Lösung kann hier nur sein, dass mehr Wohn- und Gewerbeflächen gebaut werden. Wir wollen die „Berliner Mischung“ aus Gewerbe, Wohnen und Kultur erhalten. Die Ausweisung von Mischgebieten und die Nutzung der neu geschaffenen Möglichkeit zur Ausweisung „urbaner Gebiete“ müssen deutlich ausgeweitet werden. Das Modell der Wohnungsmietergenossenschaften soll auf Gewerbetreibende übertragen werden.*